



BUNDESAMT FÜR BERUFSBILDUNG UND TECHNOLOGIE **BBT**
OFFICE FÉDÉRAL DE LA FORMATION PROFESSIONNELLE ET DE LA TECHNOLOGIE **OFFT**
UFFICIO FEDERALE DELLA FORMAZIONE PROFESSIONALE E DELLA TECNOLOGIA **UFFT**

Eidgenössische Berufsbildungskommission

Jahresbericht 2005



Inhaltsverzeichnis

Übersicht	5
1 Jahresrückblick	6
2 Schwerpunktthemen	7
3 Förderung von Innovationen und besonderen Leistungen	9
3.1 Förderprogramm als Daueraufgabe	9
3.2 Entwicklung der Förderungspolitik – eine zentrale Aufgabe	10
3.3 Subkommission Gesuche	10
3.4 Grundsatzfragen	11
3.5 Veränderungen in den Förderbestrebungen	13
4 Lehrstellenmarkt	15
4.1 Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage	15
4.2 Einflussfaktoren auf dem Lehrstellenmarkt	16
4.3 Lehrstellenbilanz 2005	19
4.4 Berufs- versus Allgemeinbildung	25
4.5 Ausbildungsbereitschaft der Betriebe	27
4.6 Zwischenlösungen	29
4.7 Jugendarbeitslosigkeit	30
5 Massnahmen	32
6 Schlussfolgerung	33

Kontakt

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie
 Leistungsbereich Berufsbildung
 Ressort Grundsatzfragen und Politik
 Effingerstrasse 27
 3003 Bern
 Tel. 031 322 21 29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Anzahl und Inhalt der Gesuchsanträge	13
Abbildung 2:	Trägerschaften.....	14
Abbildung 3:	Entwicklung Ausbildung der 20jährigen Bevölkerung.....	15
Abbildung 4:	Kein Abschluss auf der Sekundarstufe II – Aufteilung nach Geschlecht	16
Abbildung 5:	Anzahl Schulabgänger/innen der 9. Klassen.....	18
Abbildung 6:	Veränderungen in ausgewählten Branchen.....	20
Abbildung 7:	Überblick Jugendliche, die an einer Lehrstelle interessiert sind 2005	21
Abbildung 8:	Vergebene Lehrstellen nach Nationalität und Geschlecht.....	22
Abbildung 9:	Warteschlange 2005	23
Abbildung 10:	Zufriedenheit mit der heutigen Situation	24
Abbildung 11:	Entwicklung Berufs- versus Allgemeinbildung	25
Abbildung 12:	Berufs- versus Allgemeinbildung nach Vorbildung (Basisjahr 2004)	26
Abbildung 13:	Entwicklung der Lehrverhältnisse pro wirtschaftlichem Sektor.....	28
Abbildung 14:	Ausbildungsbereich der Betriebe nach Regionen.....	29
Abbildung 15:	Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich	31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Eintritte in die nachobligatorische Grundbildung und Austritte aus der obligatorischen Schule.....	19
Tabelle 2:	Warteschlaufe 2006.....	23
Tabelle 3:	Ausbildungsform nach Sprachregion.....	27
Tabelle 4:	Verteilung der Lehrlingsausbildung auf die Betriebe (Basisjahr 2000)	27

Anhangsverzeichnis

Anhang 1:	Kommissionsmitglieder	36
Anhang 2:	Auftrag	37
Anhang 3:	Literaturverzeichnis	38

Übersicht

Eidgenössische Berufsbildungskommission

Die Eidgenössische Berufsbildungskommission (EBBK) berät die Bundesbehörden in Fragen der Entwicklung und der Koordination der Berufsbildung und deren Abstimmung mit der allgemeinen Bildungs- und Förderungspolitik. Sie beurteilt Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung und Gesuche um Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse. Damit wird eine breit abgestützte Entwicklungs- und Förderungspolitik gesichert.

Die Kommission trifft sich vierteljährlich zu ordentlichen Plenarsitzungen. Sie befasst sich hauptsächlich mit Fragen zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes, der Beobachtung des Lehrstellenmarkts, der Förderungspolitik sowie der Setzung von längerfristigen thematischen Schwerpunkten zur allgemeinen Berufsbildungspolitik.

Lehrstellenmarkt 2005

Die Lehrstellensituation bleibt angespannt, wie schon im vergangenen Jahr. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen hat zwar zugenommen, aber auch die Nachfrage wird immer grösser. Zudem zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen in den Regionen und innerhalb der verschiedenen Berufsfelder.

Trotz dem Einflusses der schlechten Wirtschaftslage und der steigenden demografischen Entwicklung gab es im Berichtsjahr gesamtschweizerisch keine Abstriche beim Lehrstellenangebot. Die Eintritte in die berufliche Grundbildung stagnierten bei rund 73'700 (+0.4%). Die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hat gegenüber 2004 wiederum zugenommen (+ 1.7 Prozent), hingegen nicht mehr so stark wie in den Vorjahren (2004: +4%). Einige Kantone melden bereits den erwarteten Rückgang. Demgegenüber zeigt das Lehrstellenbarometer, dass im August weniger Jugendliche eine Lösung gefunden haben (2004: 4%; 2005: 6%).

Zunehmend mehr Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Lehrstelle haben Jugendliche, die aus Schultypen mit tieferem Anforderungsniveau (z.B. Realschulen, Werkklassen) kommen sowie Jugendliche der letzten Migrationswelle (Mazedonien, Serbien-Montenegro, Afrika und Türkei).

Differenz zwischen Stadt und Land wird grösser

Angesichts des fortschreitenden Strukturwandels, der steigenden Anzahl Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie dem steigenden Interesse der Jugendlichen an der Berufsbildung lassen sich unterschiedliche Entwicklungen zwischen den Regionen und innerhalb der Berufsfelder erkennen.

Eine angespannte Situation zeigt sich in den urbanen Zentren Zürich, Bern und Basel. Die Differenz zwischen Stadt und Land hat sich entsprechend vergrössert. In den Stadtgebieten hatten 68% (-8% im Vergleich zum Vorjahr) der interessierten Jugendlichen eine Lehrstelle, auf dem Land hingegen 78% (-2%).

1 Jahresrückblick

Aufgaben und Pflichten

Die Eidgenössische Berufsbildungskommission (EBBK) berät die Bundesbehörden in Fragen der Entwicklung und der Koordination der Berufsbildung und deren Abstimmung mit der allgemeinen Bildungs- und Förderungspolitik. Sie beurteilt Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung und Gesuche um Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse. Damit wird eine breit abgestützte Entwicklungs- und Förderungspolitik gesichert.

Plenarsitzungen

Die Kommission trifft sich vierteljährlich zu ordentlichen Plenarsitzungen. Im Berichtsjahr traf sie sich am 15. März, 12. Mai, 27. September und 30. November.

Die Kommission befasst sich hauptsächlich mit Fragen zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes, der Beobachtung des Lehrstellenmarkts, der Förderungspolitik sowie der Setzung von längerfristigen thematischen Schwerpunkten zur allgemeinen Berufsbildungspolitik.

Personelle Veränderungen

Die Kommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Organisationen der Arbeitswelt sowie der Wissenschaft zusammen. Neben der Wissenschaft sind auch die neu unter das Berufsbildungsgesetz fallenden Bereiche der Land- und Forstwirtschaft sowie die Berufe der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst (GSK) in der Kommission vertreten.

Die Kommission wird von der Direktorin des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT), Ursula Renold, präsiert. Sie löste Eric Fumeaux ab, der Mitte 2005 als Direktor des BBT zurück trat.

Im Februar wurde Rösy Blöchliger neu in die Kommission gewählt. Als Nachfolgerin von Herbert Bühl vertritt sie die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen.

Information, Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit

Informationen finden sich auf dem Internetauftritt des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT): www.bbt.admin.ch. Die Beschlussprotokolle werden über den Informationsdienst bb_aktuell bekannt gemacht.

Die Kommission verfasst in der Regel keine Pressemitteilungen, behält sich aber vor, situativ davon abzuweichen. Aus diesem Grund wurde in der Plenarsitzung vom 27. September eine Redaktionsgruppe bestimmt.

2 Schwerpunktthemen

In jeder Plenarsitzung behandelt die Kommission ein strategisches Schwerpunktthema.

Folgende Themen wurden priorisiert und diskutiert:

1. Duale Berufsbildung im internationalen Kontext

- Entwicklungen im Kopenhagen Prozess
- Bildungsökonomie: Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus Sicht der Schweizer Betriebe

2. Neue Wege der Anrechnung von Lernleistungen

3. Nahtstelle 1: Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung

Die Berufswahl stellt die Jugendlichen vor eine Vielfalt von Fragen und häufig auch vor Schwierigkeiten. Infolge des angespannten Lehrstellenmarktes haben insbesondere schulisch schwächere und ausländische Jugendliche zunehmend Probleme bei der Suche nach einer geeigneten und nachhaltigen Anschlusslösung an die obligatorische Schulzeit.

Die meisten Kantone verfügen über eine breite Palette von Massnahmen wie Brückenangebote, Motivationssemester, Praktika oder Beratungsangebote. Die Angebote werden von verschiedenen Stellen (Berufsbildung, Berufsberatung, Arbeitsmarktbehörden, Sozialdienst usw.) angeboten und sind ungenügend koordiniert.

→ *Förderung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) bei der Betreuung von Jugendlichen im Berufswahlprozess*

4. Massnahmen Lehrstellenmarkt 2006 – Umsetzungsmöglichkeiten

Die angespannte Situation auf dem Lehrstellenmarkt verlangt auch 2006 zusätzliche Anstrengungen aller beteiligten Partner. An der ersten nationalen Lehrstellenkonferenz vom 10. November 2005 in Luzern wurden die neuen Massnahmen diskutiert.

Die Kommission machte sich erste Überlegungen zum Ausbau folgender Massnahmen:

Begleitung und Beratung von Lehrbetrieben

Grundsätzlich: Die Betriebe brauchen vermehrt Wertschätzung für die geleisteten Arbeiten – ein Dankeschön seitens des Bundes, der Kantone oder der Branchenverbände.

- Viele Betriebe haben keine Probleme: Der Austausch mit der Lehraufsicht und anderen Lehrbetrieben reicht vollständig aus.
- Fachlich-didaktische Probleme: Die Lehrbetriebe brauchen Unterstützungshilfen (Arbeitsmittel, Kompetenzmanagement), die sie sofort abrufen können.
- Soziale Probleme: Ein Netzwerk (Sorgentelefon) mit den entsprechenden Fachpersonen (Sozialpädagogen/innen, Berufsberatungen, Lehrpersonen usw.) muss eingerichtet werden.

Individuelle Begleitung von Jugendlichen

- Bestehende Pilotprojekte in den Kantonen evaluieren.
- Gefährdete Jugendliche (Risikogruppen) vermehrt bereits in der obligatorischen Schule erfassen und durch individuelle Begleitung zu einer Ausbildung auf der Sekundarstufe II führen. Die Jugendlichen sollen aber auch während ihrer Lehrzeit unterstützt, beraten und begleitet werden.
- Förderung von interkulturellen Angeboten für Migrantinnen und Migranten.
- Gezielte Begleitung der Eltern im Berufswahlprozess ihrer Kinder.

Neben den aufgeführten Schwerpunktthemen beschäftigten die Kommission aktuell auftauchende Fragen wie die Reform der kaufmännischen Grundbildung, den Titelbezeichnungen oder der aktuellen Situation auf dem Lehrstellenmarkt (vgl. Kapitel 4).

Schwerpunktthemen 2006

Die Kommission wird sich 2006 vertieft mit folgenden Themen beschäftigen:

- Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems (Bildungsrahmenartikel, Hochschul-landschaft)
- Übergang Schule – Berufsbildung / Berufsbildung – Arbeitsmarkt
- Individuelle Begleitung von benachteiligten Jugendlichen
- Entwicklung von neuen Ausbildungsmodellen (Zukunft des dualen Systems)
- Migration und Integration

3 Förderung von Innovationen und besonderen Leistungen

3.1 Förderprogramm als Daueraufgabe

Die eidgenössische Förderungspolitik ist eine an nachhaltigen Gesichtspunkten ausgerichtete Aufgabe, die der Aufnahme- und Leistungsfähigkeit des Berufsbildungssystems Rechnung trägt. So stellte der Bund neben den Beiträgen an die Kantone (2005: 415 Mio. CHF) Mittel zur gezielten Förderung von Einzelmassnahmen zur Verfügung.

Das Bundesgesetz für die Berufsbildung unterscheidet zwei Stossrichtungen:

- a. zeitlich begrenzte Innovationsprojekte und Anschubfinanzierungen (Art. 54);
- b. aktuelle oder längerfristige besondere Leistungen im öffentlichen Interesse¹ (Art. 55).

Die gesetzliche Verankerung der bisherigen Förderprogramme (Weiterbildungsoffensive, Lehrstellenbeschlüsse 1 und 2) als Dauermassnahme ermöglicht eine gezielte, bundespolitisch ausgerichtete Förderungsstrategie. Sie ist das steuerungspolitische Gegenstück zur pauschalen Subventionierung der Kantone².

Innerhalb der Förderung von Einzelmassnahmen kann der Bund sowohl subventionieren (BBG Art. 4 Abs. 1) als auch selber tätig werden (BBG Art. 4 Abs. 2). Im Berichtsjahr 2005 wurden **31.6 Mio. CHF (2004: 20 Mio. CHF)** eingesetzt:

Art. 54

11.6 Mio.

Innovationsprojekte: Pilotprojekte, Entwicklung neue Berufe, Aufbau von tragfähigen Strukturen (OdA Gesundheit) usw.

Art. 55

7.3 Mio.

Lehrstellenmarketing, Unterstützung von benachteiligten Jugendlichen, Gender, berufliche Weiterbildung usw.

Art. 56

0.8 Mio.

Unterstützung von eidgenössischen Berufs- und höheren Fachprüfungen

¹ Unter dem Titel „besondere Leistungen im öffentlichen Interesse“ kann inhaltlich alles gefördert werden, was unter das Berufsbildungsgesetz fällt. Öfter wird dabei aber übersehen, dass es sich um „besondere Leistungen“ handelt. Das bedeutet, dass hier eine zusätzliche Anstrengung vorausgesetzt ist, mit anderen Worten, dass die entsprechenden Probleme den landesüblichen Durchschnitt übersteigen.

² Die Pauschalfinanzierung beruht auf dem Leistungsauftrag des Bundesgesetzes. Sie gibt den Kantonen die Freiheit und die Verantwortung, die Gelder nach ihren Bedürfnissen einzusetzen.

BBT/Reform	6.7 Mio.	Einführung des neuen Berufsbildungsgesetzes auf Bundes-, Kantons- und Verbands-ebene (z.B. SRK-Vertrag, Lehrstellenkampagne, Informationsveranstaltungen etc.)
Berufsberatung	5.2 Mio.	Unterstützung der Schweizerischen Berufsberatung (SVB, AGAB)

Die Entwicklung der Kreditausschöpfung (70 Prozent gegenüber 42 Prozent im Vorjahr) zeigt, dass die neuen Finanzierungsinstrumente vermehrt greifen. Bei der Zuteilung der Fördermittel steht jedoch nicht die Ausschöpfung des Kredits, sondern die Qualität der Projekte im Mittelpunkt. Zudem geht es in der vierjährigen, bis Ende 2007 dauernden Übergangszeit vom alten, am Input orientierten Finanzierungssystem zum neuen, resultatorientierten System darum, die allgemeine Subventionierung und die Subventionierung von Einzelmassnahmen neu aufeinander abzustimmen.

3.2 Entwicklung der Förderungspolitik – eine zentrale Aufgabe

Die Entwicklung der Förderungspolitik ist eine zentrale Aufgabe der eidgenössischen Berufsbildungskommission. Sie berät den Bund in der Beurteilung und Koordination der Projekte und Gesuche nach Art. 54 und 55.

Ziel ist der Aufbau einer kohärenten Förderpolitik. Diese Politik hat der Leistungsfähigkeit der Partner vor Ort Rechnung zu tragen, aktuelle Probleme ohne längerfristige System-schäden zu beheben, Innovationen und die Erneuerung der Berufsbildung zu fördern und zur Integration der bisher nicht unter dem Berufsbildungsgesetz stehenden Bereiche Gesundheit, Soziales, Kunst, Land- und Waldwirtschaft beizutragen.

3.3 Subkommission Gesuche

2005 entschied das BBT über 193 Subventionsgesuche nach Art. 54 und 55. Diese Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr (2004: 88) erklärt sich mit dem gesteigerten Bekanntheitsgrad der neuen Förderstrategie sowie dem Nachahmereffekt, den viele Pilotprojekte in den Regionen auslösen. Ausserdem lief 2004 der Lehrstellenbeschluss 2 aus.

Um die Fördergesuche zu bewältigen, hat die Kommission eine fünfköpfige Subkommission gebildet. Diese setzt sich aus Kommissionsmitgliedern zusammen, die die Sozialpartner, die Kantone, die neuen Berufsbildungsbereiche sowie die sprachregionalen Minderheiten repräsentieren (vgl. Mitgliederliste im Anhang).

Es ist der Kommission ein wichtiges Anliegen, die Entscheidungsverfahren effizient und kundenfreundlich zu gestalten:

- Projekte, die direkt der Sicherung und Erweiterung des Lehrstellenangebotes sowie der Integration benachteiligter Jugendlichen in die Berufsbildung dienen, werden aufgrund der **aktuellen Probleme auf dem Lehrstellenmarkt** vom BBT laufend behandelt.

- Pauschal-Abgeltungen für die **Erarbeitung von Verordnungen** über die beruflichen Grundbildungen werden anhand der definierten Kriterien direkt vom BBT gesprochen.
- Alle anderen Gesuche werden der Subkommission zur Beurteilung vorgelegt. Einer zusätzlichen Konsultation durch die EBBK bedarf es bei
 - Innovationsprojekten (Art. 54) mit einem beantragten Subventionsbetrag über 250'000 CHF;
 - Anträgen für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse (Art. 55);
 - Projekten, die grundlegende Fragen aufwerfen.

3.4 Grundsatzfragen

Im Berichtsjahr hat die EBBK folgende Grundsatzentscheide gefällt:

Gesamtkonzept Lehrstellenmarketing und individuelle Begleitung

Bei Gesuchen in den Bereichen Lehrstellenförderung und individuelle Begleitung (Coaching/Mentoring) von benachteiligten Jugendliche tritt der Bund nicht auf Einzelprojekte ein. Die Kantone übernehmen die Koordinationsfunktion (Bedarfsplanung, die Mittelzuteilung und das Projektcontrolling) und reichen dem Bund ein Gesamtkonzept ein.

Das Lehrstellenmarketing ist *hauptsächlich* Aufgabe der Kantone. Sie können die Entwicklung des Lehrstellenangebotes in ihrem Gebiet am besten abschätzen, rechtzeitig geeignete Massnahmen einleiten und Jugendliche individuell begleiten.

Der gleiche Grundsatz gilt für die Bildungsangebote im Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung (Art. 12). Die Kantone haben für die notwendige Abstimmung innerhalb der Angebote und Anbietenden (interinstitutionelle Zusammenarbeit) zu sorgen.

E-Learning und Blended Learning

Zur Beurteilung von Projekten im Bereich E-Learning und Blended Learning wurde eine Expertengruppe eingesetzt.

Weiterfinanzierung von LSB I/II-Projekten

Grundsätzlich wird keine weitere Unterstützung von LSB I- und II-Projekten gewährt (keine Strukturerhaltung).

Ausnahmen werden nur gemacht, wenn wegen bestehender Lücken, fehlender Anschlusslösungen oder besonderer Situationen auf dem Lehrstellenmarkt die Gefahr besteht, dass etwas in den letzten Jahren erfolgreich Aufgebautes verschwinden würde, obwohl eine nachhaltige Lösung in Aussicht steht.

Diese Übergangslösungen vermeiden einen Zusammenbruch aufgebauter Strukturen aus dem LSB I und II. Sie unterliegen aber einer zeitlichen Befristung.

Berufsschauen

Mit regional durchgeführten Bildungsmessen erhalten Schülerinnen und Schüler sowie ihre Betreuungspersonen die Möglichkeit, informiert und für die Berufsbildung begeistert zu werden. Die Berufsmessen gehören zu den erfolgreichsten Massnahmen im Lehrstellenmarketing.

Aufgrund der angespannten Situation auf dem Lehrstellenmarkt werden die Berufsmessen bis 2007 weiter unterstützt, sofern sie regional durchgeführt werden und eine breit abgestützte Trägerschaft (Kantone, Wirtschaft, Schulen) aufweisen. Danach sollen die Messen in das Gesamtkonzept des kantonalen Lehrstellenmarketings integriert werden. Die Kommission wird bis im Frühjahr 2006 Finanzierungsgrundsätze definieren.

Entwicklung von neuen Berufs- und höheren Fachprüfungen

Die Berufs- und höheren Fachprüfungen sind Sache der Träger. Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz sind aber neue Ausbildungsfelder entstanden. In diesen nicht traditionellen Bereichen müssen Strukturen geschaffen und Erfahrungen gesammelt werden. Über eine mögliche finanzielle Unterstützung bei der Erarbeitung von neuen Berufsprüfungen wird ein Grundsatzpapier erarbeitet. In einem zweiten Schritt werden der finanzielle Rahmen und ein Kriterienkatalog bestimmt.

Rückwirkende Projektfinanzierung

Projekte, die zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung bereits abgeschlossen sind, werden nicht nachträglich subventioniert.

Bei bereits gestarteten Projekten wird ein detaillierter Zwischenbericht verlangt. In begründeten Ausnahmefällen kann die Vorleistung als Eigenleistung angerechnet werden.

Regionale Stellen für Projektabwicklungen

Eine regionale Dachstruktur bestehend aus allen Partner der Berufsbildung kann die Koordination und Vernetzung aller Projekt-Gesuche übernehmen. Mit Hilfe einer ganzheitlichen Bedarfsanalyse in den Region, können die einzelnen Projekte aufeinander abgestimmt und koordiniert werden. Der Aufbau einer solchen regionalen Dachstruktur wird unterstützt.

Die Stellen erhalten aber keine Pauschalfinanzierung für Projekte. Dies würde nicht dem Gedanken des neuen Berufsbildungsgesetzes und der Projektfinanzierung über BBG Art. 54 und 55 entsprechen. Die Projektanträge müssen weiterhin einzeln (mit Ausnahme des Lehrstellenmarketings) beim Bundesamt eingereicht werden. Die Bedarfsanalyse und die Koordination liegt jedoch bei der zentralen Stelle.

Leitfaden mit Förderkriterien

Im laufenden Kommissionsjahr wurden die Förderkriterien laufend verfeinert. Der Leitfaden für Gesuchsstellerinnen und Gesuchsteller findet sich unter:

<http://www.bbt.admin.ch/themen/berufsbildung/00102/index.html?lang=de>

3.5 Veränderungen in den Förderbestrebungen

Anzahl und Inhalt der Gesuchsanträge

Die Gesuchsanträge innerhalb der einzelnen Förderbereiche zeigen eine mehrheitlich lineare Steigerung.

Abbildung 1: Anzahl der Gesuchsanträge

	2004	2005
Total	88	193
Art. 54	44	126
Art. 55	44	67

Quelle: eigene Darstellung / SAP

Die prozentuale Verschiebung von Artikel 55 hin zu Artikel 54 basiert auf der Erkenntnis, dass Artikel 54 für die Lancierung von Projekten sinnvoller ist: Während Artikel 55 für wiederkehrende Leistungen im öffentlichen Interesse verwendet wird, beschränkt sich Artikel 54 auf die Anschubfinanzierung von Projekten, die anschliessend selbsttragend werden. So wird eine Nachhaltigkeit erreicht und die vom BBT gesprochenen Mittel lösen langfristig mehr Investitionen von Partnern aus.

Subventionsbeiträge

Die Projektunterstützung ist vielfältig. Sie betrifft insbesondere die Reform von Berufsbildern³, die Schaffung von tragfähigen Strukturen und die Entwicklung neuer Qualifikationsverfahren (Anerkennung informeller Lernleistungen). Weitere Bereiche sind Studien im Bereich der Weiterbildung⁴ und des Illettrismus.

³ Die stärkste Steigerung von Anträgen zeigte sich bei der pauschalen Unterstützung der neuen Verordnungen über die berufliche Grundbildung. Gegenüber 2004 vervierfachten sich die Anträge, was im Rahmen des Reformprozesses zu erwarten war.

⁴ Lancierung eines Forschungsprojektes zur nachfrageorientierten Finanzierung der Weiterbildung. Erste Resultate werden auf Herbst 2006 erwartet.

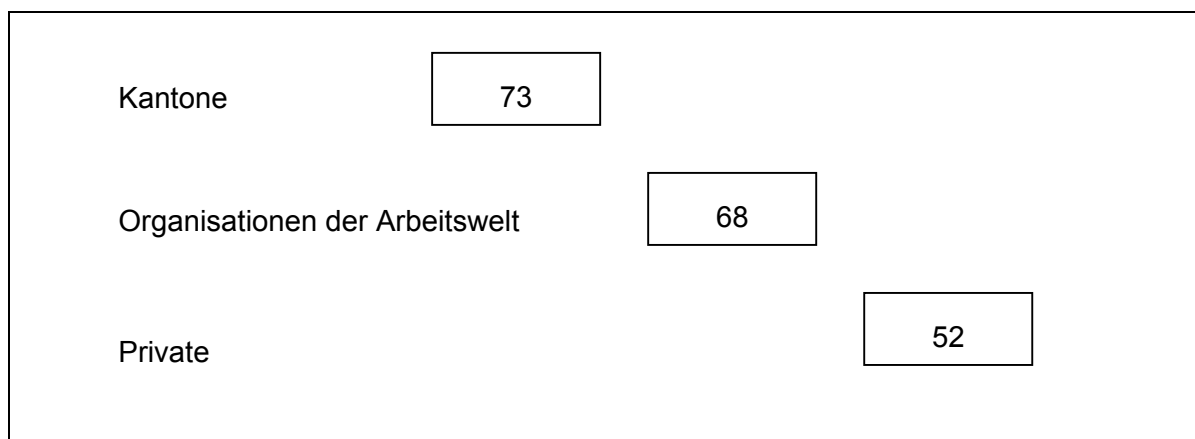
Die Mittel für besondere Leistungen (Art. 55) konzentrieren sich aus aktuellem Anlass auf die Lehrstellenproblematik (Projekte im Bereich der Lehrstellenförderung und –marketing, Aufbau von Lehrbetriebsverbünden und die individuelle Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten), flossen aber auch in die Förderung von Lehrmitteln für sprachliche Minderheiten und Massnahmen zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau⁵.

Weniger als zehn Prozent der Gesuche wurden abgelehnt. Hauptgrund war das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage. In den meisten Fällen wurde für diese Projekte eine andere Finanzierungsquelle gefunden.

Trägerschaften

Die Trägerschaften zeigen ein einheitliches Bild. Kantonale Träger (Ämter: Berufsbildung und Arbeitsmarkt, Schulen, interkantonale Organisationen usw.) und Organisationen der Arbeitswelt dominieren. Anders als in den beiden Lehrstellenbeschlüssen können auch andere Organisationen, vornehmlich Vereine, Firmen und Privatpersonen Subventionsbeiträge beantragen. Diese Vorhaben bedürfen aber einer entsprechenden Stellungnahme des Standortkantons bzw. des zuständigen nationalen Branchenverbands.

Abbildung 2: Trägerschaften



Quelle: eigene Darstellung / SAP

Die Gesuche der Kantone konzentrieren sich auf die Sicherung und Erweiterung des Lehrstellenangebotes sowie die Integration von benachteiligten Jugendlichen in die Berufsbildung (individuelle Begleitung). Bei den Organisationen der Arbeitswelt stehen Projekte rund um die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes im Vordergrund.

⁵ Im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau wurden namentlich der Tochtertag sowie ein Projekt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Weiterbildung unterstützt.

4 Lehrstellenmarkt

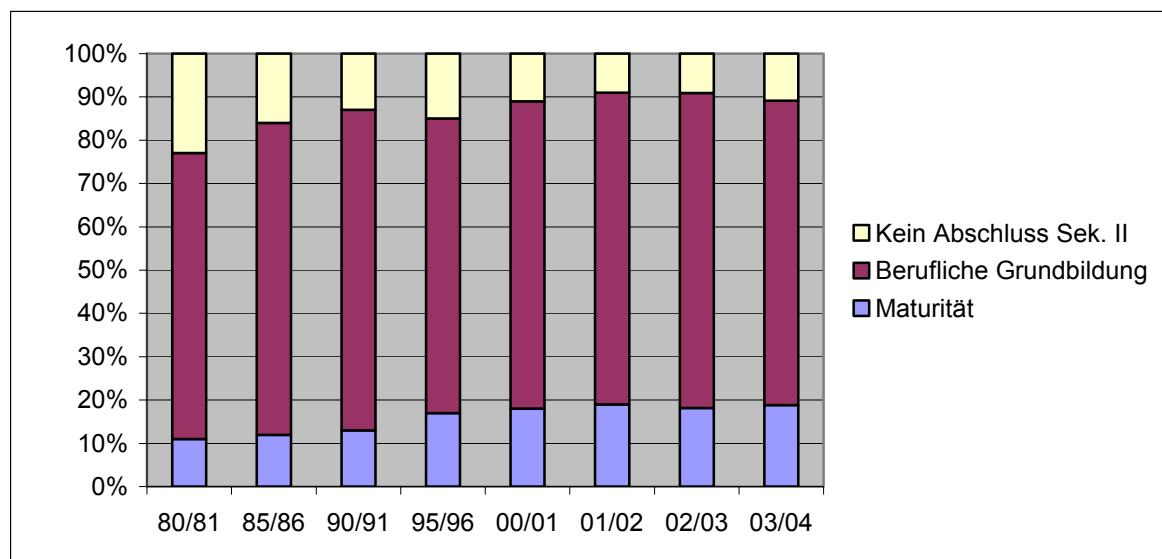
4.1 Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage

4.1.1 Ausgangslage

Die Schweiz hat europaweit den höchsten Anteil an Jugendlichen, die sich über den Weg einer dualen Berufsbildung auf das Erwerbsleben vorbereiten. Gegenwärtig sind es rund 74 Prozent der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II. Die Berufsbildung ist damit der mit Abstand wichtigste nachobligatorische Bildungsweg.

Das Interesse an der Berufsbildung hat stetig zugenommen. So hat sich der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger die eine berufliche Grundbildung absolvieren – trotz Verdoppelung der Maturitätsquote – immer leicht erhöht. Dies spricht für die hohe Integrationsfähigkeit der dualen Berufsbildung. Denn der Anteil der Jugendlichen ohne Abschluss auf der Sekundarstufe II konnte somit seit den achtziger Jahren um mehr als die Hälfte reduziert werden.

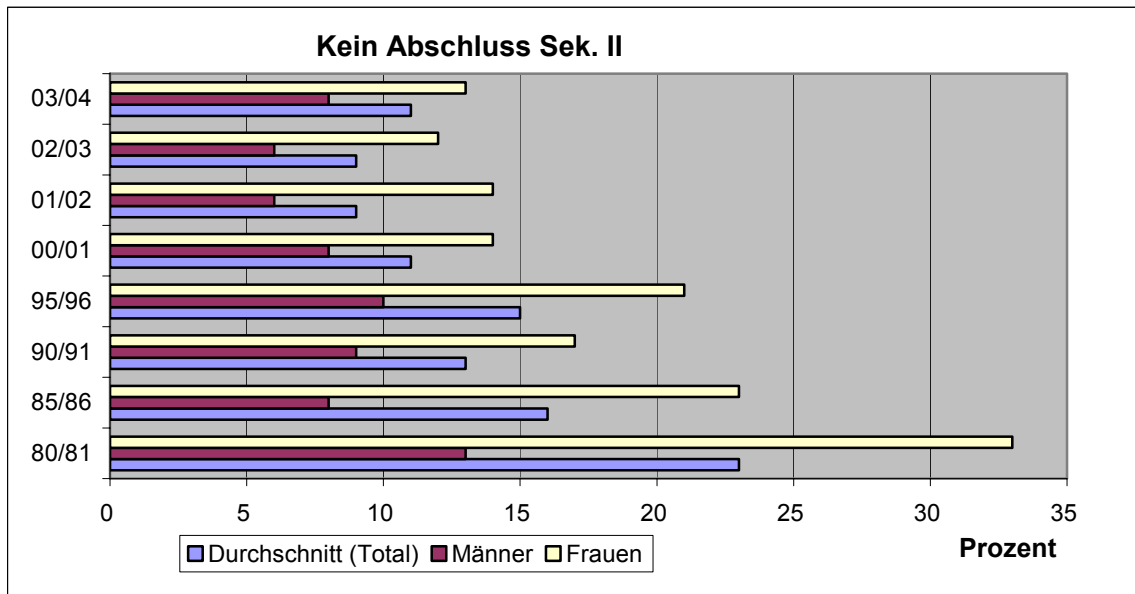
Abbildung 3: Entwicklung Ausbildung der 20jährigen Bevölkerung



Quelle: (Eigene Darstellung / BFS 2006)

Betrachtet man die Jugendlichen ohne Abschluss auf der Sekundarstufe II nach ihrem Geschlecht, zeigt sich eine überdurchschnittlich hohe Vertretung der Frauen. Die Differenz wurde in den letzten Jahren kleiner, was u.a. auf gezielte Aufklärungs- und Informationsbestrebungen zurückzuführen ist.

Abbildung 4: Kein Abschluss auf der Sekundarstufe II – Aufteilung nach Geschlecht



Quelle: eigene Darstellung / BFS 2006

In den nächsten 10 Jahren werden zwei Entwicklungen zusammentreffen, die das Schweizerische Bildungssystem - aber auch das vieler anderer Staaten - in Bezug auf die Bildungsbeteiligung vor grosse Herausforderungen stellen. Einem steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften wird ein Rückgang der jungen Bevölkerung gegenüberstehen. Umso wichtiger wird es, möglichst viele Menschen möglichst gut auszubilden.

Im Mittel aller OECD-Staaten haben 68 Prozent der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II, d.h. entweder einen gymnasialen Abschluss oder eine abgeschlossene berufliche Grundbildung. In der Schweiz liegt dieser Anteil mit 89 Prozent erheblich höher. Allerdings ist der Anteil der Personen mit einem Abschluss des Sekundarbereichs II seit den 90er Jahren kaum mehr gestiegen.

4.2 Einflussfaktoren auf dem Lehrstellenmarkt

Die Statistiken der letzten Jahre zeigen, dass je nach Beruf, Branche oder Region das Angebot und die Nachfrage von Lehrstellen nicht übereinstimmen (Dubs 2005). Die Gründe dafür sind vielfältig. Einerseits ändern sich die Erwartungen der Auszubildenden, andererseits aber auch die Ansprüche derjenigen, welche die Lernenden in den Erwerbsprozess übernehmen.

Auf der Angebotsseite sind folgende Faktoren zu betrachten:

Neben den soziodemografischen und gesellschaftlichen Veränderungen prägt die wirtschaftliche Entwicklung die Situation auf den Lehrstellenmarkt. Durch die Tatsache, dass das Anbieten von Lehrstellen auf Freiwilligkeit basiert und entsprechend von der Bereit-

schaft der Betriebe abhängt, haben sowohl konjunkturelle wie auch strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft Einfluss auf die Entwicklung des Lehrstellenangebots.

4.2.1 Konjunkturverlauf

Die Koppelung der Berufsbildung an den Arbeitsmarkt hat zur Folge, dass der Konjunkturverlauf spürbar ist. Lehrbetriebe brauchen immer auch Aufträge, um Lernende auszubilden. Die Auftragslage beeinflusst also direkt den Einsatz und den Nutzen, den ein Lernender durch seine Tätigkeiten dem Unternehmen stiftet (vgl. Mühlemann et al. 2004). Weiter führen umfassende Rationalisierungs- und Personalabbau massnahmen in wirtschaftlich schlechten Zeiten häufig zum Abbau von Lehrstellen, weil die Betreuungszeit für Lernende fehlt, oder Betriebe häufig nicht bereit sind, eine langfristige Personalverpflichtung von drei oder vier Lehrjahren einzugehen. (vgl. Thom 2003, Dubs 2005). Die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses als Element der Existenzsicherung wird vernachlässigt.

Während sich der Markt nach einer Konjunkturkrise allmählich erholt, haben Turbulenzen auf dem Lehrstellenmarkt längerfristige Auswirkungen. Entstehen in einem Aufschwung neue Firmen, so weisen diese eine erheblich geringere Ausbildungswahrscheinlichkeit auf. Gründe sind das hohe wirtschaftliche Marktrisiko und die anfänglich fehlenden Ausbildungskompetenzen (vgl. Müller/Schweri 2006).

4.2.2 Strukturwandel

Der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungssektors steht ein rückläufiger Anteil von Industrie und verarbeitendem Gewerbe an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung gegenüber. Das Verhältnis von Ausbildungsplätzen zu Beschäftigten ist jedoch im Produktionssektor traditionell höher als im Dienstleistungssektor (vgl. Sheldon 2005). Dies hat auch zur Folge, dass traditionelle Berufe verschwinden und neue entstehen.

Weiter schränkt der zunehmende Spezialisierungsgrad von Kleinbetrieben gerade in den zukunftssträchtigen Hightech-Bereichen und in anspruchsvollen Dienstleistungssegmenten das Angebot von Lehrstellen ein, da die Betriebe nicht mehr in der Lage sind, das vollständige Ausbildungsspektrum abzudecken.

4.2.3 Globalisierung

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss hat schliesslich die Öffnung der Märkte. Deregulierung, internationaler Wettbewerb und der enorme Kostendruck veranlassen Betriebe und Berufsverbände, präzise zu kalkulieren.

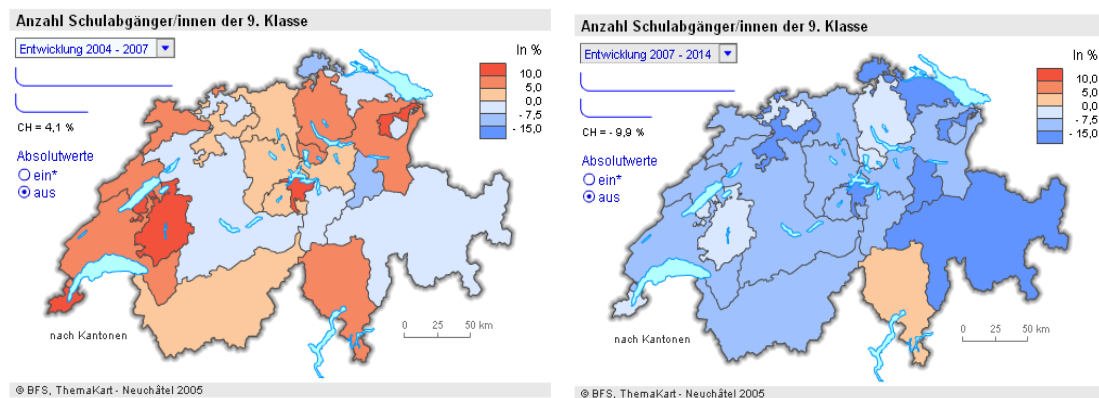
Auf der Nachfrageseite beeinflussen folgende Faktoren den Markt:

Die Angebotsstruktur hat auch die Nachfrage verändert. Die Entwicklung der Lehrstellen wird nicht ausschliesslich durch die Betriebe und deren Nachfrage nach Lernenden beeinflusst. Auf dem Lehrstellenmarkt haben ebenso die Anzahl an Jugendlichen, die eine Lehrstelle suchen sowie ihr Lifestyle, ihre Erwartungen und Wunschvorstellung Auswirkungen. Durch die stetige Modernisierung und Technologisierung der Arbeitsprozesse sind „neue“ Berufe im Aufwind. Besonders beliebt sind Ausbildungen in der Informatik, Design oder Telekommunikation.

4.2.4 Demografische Entwicklung

Im Zuge der „demografischen Welle“ dürften die Schülerzahlen auf der Sekundarstufe II noch bis 2008 zunehmen und sich danach verringern. In der Berufsbildung ist zwischen 2004 und 2008 eine Zunahme der Anzahl Lernenden von 7 bis 8 Prozent zu rechnen. Ab 2008 bis 2014 wird eine Abnahme von 5 bis 8 Prozent erwartet (vgl. BFS 2006). Dabei sind grosse regionale Unterschiede zu erkennen. Abbildung 5 zeigt, dass einige Kantone die Höchstwerte bereits erreichen, während andere noch steigende Zahlen ausweisen.

Abbildung 5: Anzahl Schulabgänger/innen der 9. Klassen



Quelle: BFS 2005

Gesamtschweizerisch wird die demografische Entwicklung noch bis 2010 Einfluss auf den Lehrstellenmarkt ausüben, da die Jugendlichen aus den Zwischen- bzw. Übergangslösungen ein bis zwei Jahre später auf den Markt treten. Ob und wie stark der Lehrstellenmarkt sich mit der abnehmenden Demografie entschärft, lässt sich heute noch nicht sagen.

4.2.5 Alle Wege offen / Hohe Durchlässigkeit

Immer noch herrscht in der Öffentlichkeit die Meinung vor, dass bessere Berufs- und Entwicklungschancen nur über den Weg der Gymnasien möglich sind. Dieses Argument verliert mit der Durchlässigkeit (Berufsmaturität und Passarellenlösungen) im neuen Berufsbildungsgesetz und in den Angeboten höhere Bildung immer mehr an Bedeutung.

4.3 Lehrstellenbilanz 2005

4.3.1 Entwicklung des Lehrstellenangebots

Neu abgeschlossene Lehrverträge

Die Lehrstellensituation bleibt angespannt, wie schon im vergangenen Jahr. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen hat zwar zugenommen, aber auch die Nachfrage wird immer grösser. Zudem zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen in den Regionen und innerhalb der verschiedenen Berufsfelder.

Trotz des Einflusses der schlechten Wirtschaftslage und der steigenden demografischen Entwicklung bei den Schulabgängerinnen und Schulabgängern gab es im Berichtsjahr gesamtschweizerisch keine Abstriche beim Lehrstellenangebot. Die Eintritte in die berufliche Grundbildung stagnierten bei rund 73'700 (+0.4%). Die Anzahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger hat gegenüber 2004 wiederum zugenommen (+ 1.7 Prozent), hingegen nicht mehr so stark wie in den Vorjahren (2004: +4%). Einige Kantone melden bereits den erwarteten Rückgang.

Tabelle 1: Eintritte in die nachobligatorische Grundbildung und Austritte aus der obligatorischen Schule

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Schüler/innen 9. Klasse (Vorjahr)	79582	82864	80877	79998	80370	79839	81826	84284	85682
Berufliche Grundbildung ⁶	67'767	70'197	71'001	72'266	72'862	71'257	71'017	73'418	73'773
Maturitätsschulen (2005: Prognosen)	18352	19796	19205	19332	19290	19487	20782	21980	22390

Quelle: BFS 2006

Regionale Unterschiede

Die Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage sind regional verschieden gross. In den städtischen Gebieten wie zum Beispiel Zürich, Bern oder Basel ist ein Mangel an Lehrstellen in den sogenannten Trend-Berufen erkennbar, während sich in traditionell ländlichen Gegenden Angebot und Nachfrage eher decken.

Die Differenz zwischen Stadt und Land hat sich gegenüber dem Vorjahr vergrössert. So hatten gemäss Lehrstellenbarometer im August 2005 in den Stadtgebieten nur 68 Prozent (-8% im Vergleich zum Vorjahr) der interessierten Jugendlichen eine Lehrstelle, auf dem Land hingegen 78 Prozent (-2%).

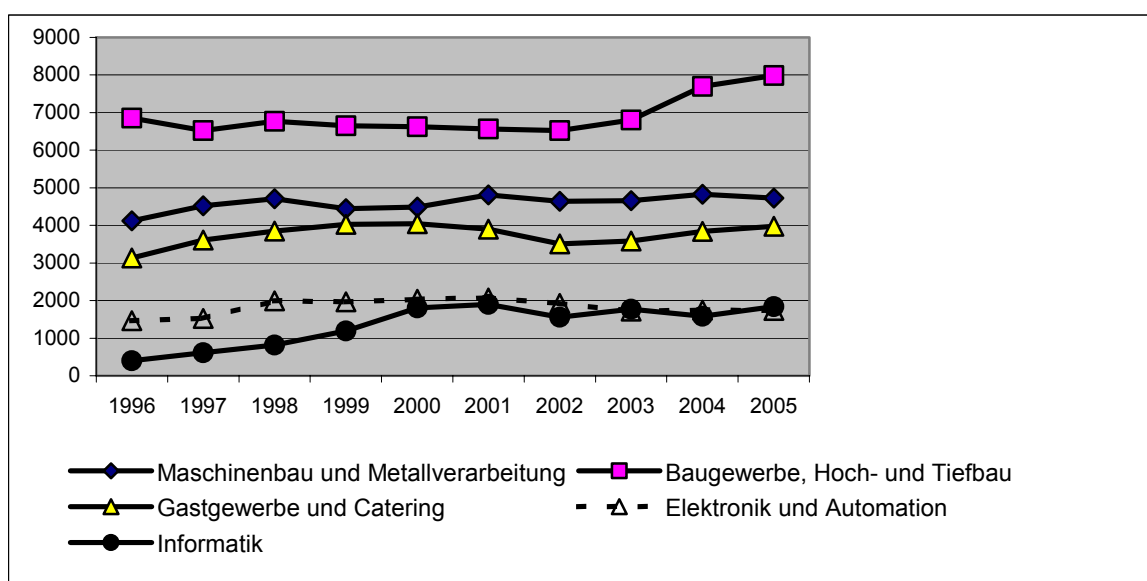
⁶ Die Eintritte in die berufliche Grundbildung beinhalten die 3- und 4-jährigen Lehren, die Grundbildungen mit Attest, Anlehren sowie Informatik- und Handelsmittelschulen.

Berufsfelder, Branchen

Zusätzliche Ausbildungsplätze entstanden im Baugewerbe, in den Pflegeberufen, im Gastgewerbe sowie in den Branchen der Elektrizität/Energie. Die Statistik der beruflichen Grundbildung des BFS (2006) rechnet mit 1'200 neuen Lehrstellen. Im Bereich der Informatik wurde der Einbruch vom Vorjahr wettgemacht.

Im Hightech-Sektor, in der Gestaltung/Design sowie im Bereich Gesundheit ist wiederum ein Nachfrageüberhang zu verzeichnen. Ein Rückgang der Ausbildungsplätze gegenüber dem Vorjahr ergab sich im kaufmännischen Bereich⁷ (-4% oder rund 600 Lehrstellen) und im Verkauf (-1.3% oder rund 120 Lehrstellen).

Abbildung 6: Veränderungen Lehrstellenangebot in ausgewählten Branchen



Quelle: BFS 2006

Weniger offene Lehrstellen

Mit einem Anteil von 8 Prozent hatte es im Berichtsjahr weniger offene Lehrstellen als 2004 (9%). Die Mehrheit der offenen Lehrstellen wird im nächsten Jahr wieder ausgeschrieben. Lediglich 3 Prozent sollen gestrichen bzw. nicht mehr angeboten werden (Lehrstellenbarometer 2005).

Prozentual am meisten offene Lehrstellen wiesen 2005 erneut die Berufe des Baugewerbes / Malerei sowie der Metall- und Maschinenindustrie aus. Bei den Berufen des Baugewerbes konnten nur 83 Prozent der angebotenen Lehrstellen vergeben werden

⁷ Die Handelsmittelschulen (HMS) wurden in die Berechnungen einbezogen. Statistisch gesehen gibt es in der Westschweiz ein kleines Problem: Das erste Jahr wird in verschiedenen HMS und Fachmittelschulen gemeinsam geführt. Die definitive Entscheidung für eine HMS fällt dann erst im zweiten Jahr.

(2004: 80%). Auch bei den Berufen der Metall- und Maschinenindustrie ist der Anteil offener Lehrstellen mit 12 Prozent relativ hoch. Zu bemerken ist aber, dass das Angebot in diesen Berufsgruppen in der Vergangenheit immer schon höher als die Nachfrage war.

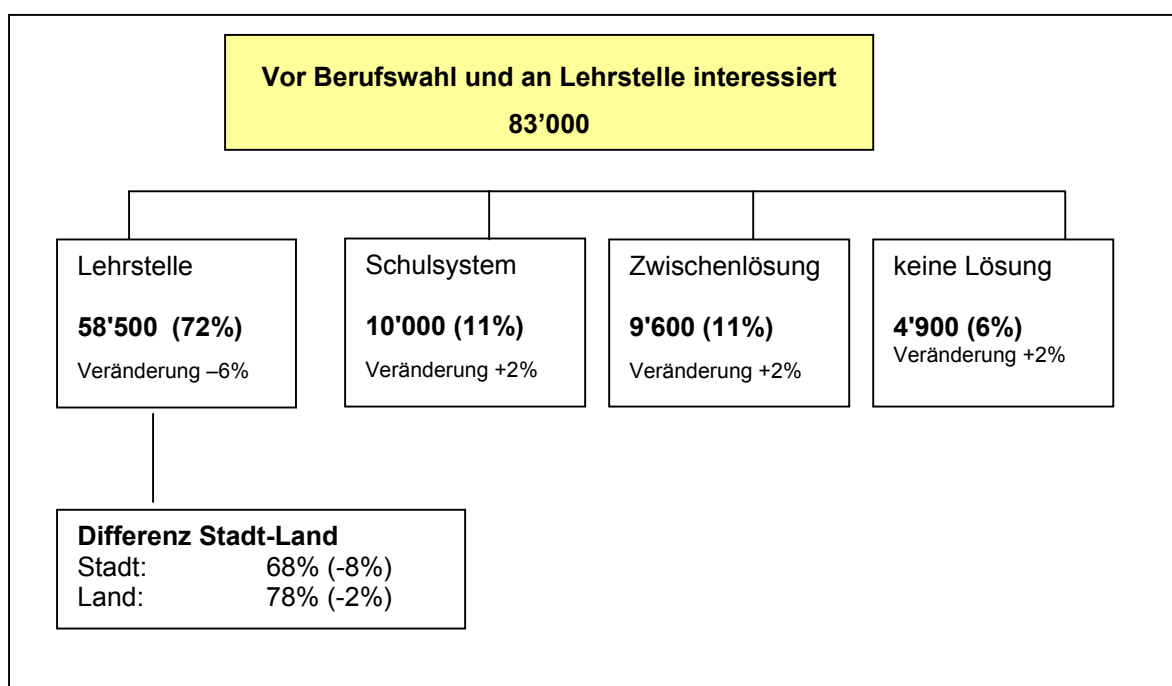
Spitzenreiter bezüglich der vergebenen Lehrstellen waren in den letzten Jahren abwechselnd die kaufmännischen Berufe oder die Berufe der Heilbehandlung. Ebenfalls in dieser Spitzengruppe befinden sich die technischen Berufe.

4.3.2 Entwicklung Lehrstellennachfrage

Die Mehrheit der Jugendlichen, die 2005 vor der Berufswahl standen, hat zumindest eine vorübergehende Lösung gefunden (vgl. Lehrstellenbarometer und Trendanalysen 2005).

Von den an einer Lehrstelle interessierten Jugendlichen verfügten gemäss Lehrstellenbarometer am 31. August 2005 72% der Jugendlichen über eine Lehrstelle (2004: 78%). Dieser Anteil ist seit 1998 (71%) nie mehr so tief gewesen. 11% der Jugendlichen blieben im Schulsystem und besuchen eine Maturitätsschule oder ein 10. Schuljahr. Ebenso viele Jugendliche wählten den Weg über für eine Zwischenlösung. Wiederum zugenommen hat der Anteil der Jugendlichen, die keine Lösung gefunden haben (2005: 6%, 2004: 4%)⁸.

Abbildung 7: Jugendliche, die 2005 an einer Lehrstelle interessiert waren



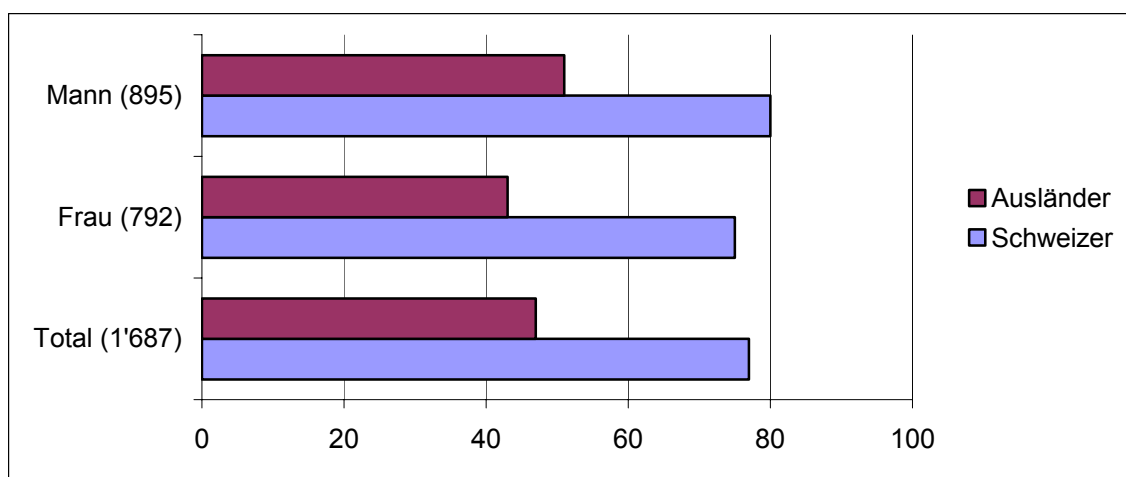
Quelle: Eigene Darstellungen / Lehrstellenbarometer 2005

⁸ Eine ähnliche Entwicklung zeigt auch die Sozialhilfestatistik des BFS: Immer mehr Jugendliche sind sozialhilfeabhängig geworden (BFS 2006).

Zunehmend mehr Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Lehrstelle haben Jugendliche, die aus Schultypen mit tieferem Anforderungsniveau (z.B. Realschulen, Werkklassen) kommen sowie Jugendliche der letzten Migrationswelle (Mazedonien, Serbien-Montenegro, Afrika und Türkei). 77 Prozent der an einer Lehrstelle interessierten Schweizerinnen und Schweizer verfügten im August 2005 über eine Lehrstelle, bei den Ausländerinnen und Ausländern waren es nur 47 Prozent (43% Ausländerinnen, 61% Ausländer).

Auch das Geschlecht prägt nach wie vor den Einstieg in den Lehrstellenmarkt. Die Studie „Schulqualifikationen und Erfolg bei der Lehrstellensuche“ der Universität Freiburg zeigt, dass Frauen bessere schulische Leistungen für eine vergleichbare Qualifikationsstufe benötigen als Männer (vgl. Häberli/Imbdorf/Kronig 2003). So haben 75 Prozent der an einer Berufslehre interessierten Männer eine Lehrstelle erhalten, während bei den Frauen nur 69 Prozent eine Stelle haben. Letztere sind trotz Interesse an einer Lehre eher auf eine Zwischenlösung ausgewichen.

Abbildung 8: Vergebene Lehrstellen nach Nationalität und Geschlecht



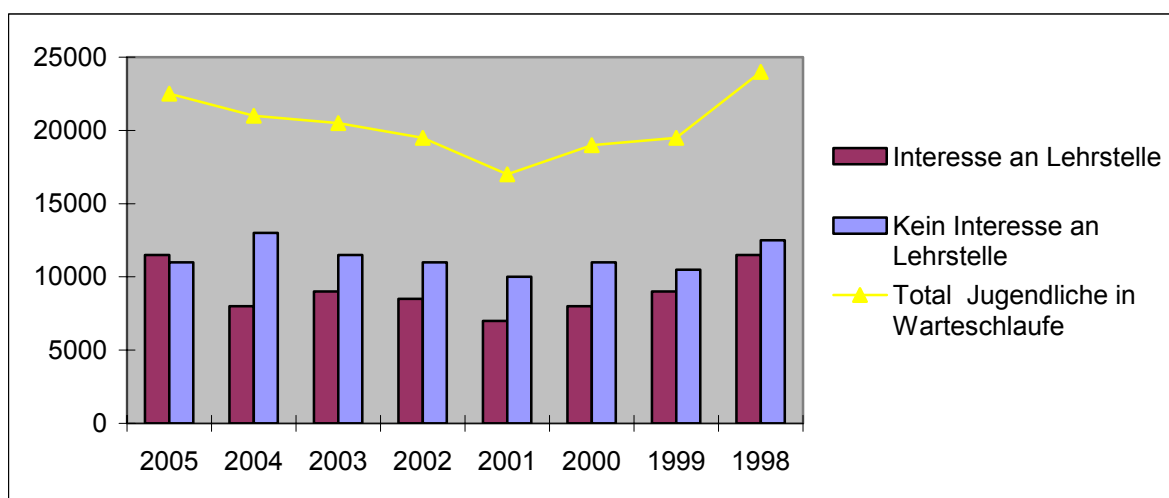
Quelle: Lehrstellenbarometer 2005

„Warteschlaufe“ 2005

22'500 Jugendliche⁹ bezeichnen ihre momentane Lösung als Übergang. Diese treten 2006 wiederum auf den Lehrstellenmarkt. 11'000 dieser Jugendlichen hatten 2005 keine Lehrstelle gesucht und 2'500 hatten bereits eine für das Jahr 2006.

Seit 2001 ist die „Warteschlaufe“ am Wachsen. Ein Grund dafür ist einerseits die grössere Anzahl der vor der Berufswahl stehenden Jugendlichen. Andererseits hat sich aber auch der Anteil der Jugendlichen stark vergrössert, die schon im laufenden Jahr eine Lehrstelle suchen, jedoch keine gefunden haben.

Abbildung 9: „Warteschlaufe“ 2005



Quelle: eigene Darstellung / vgl. Lehrstellenbarometer 2005

Tabelle 2: „Warteschlaufe“ 2005

Erhebungs-jahr	Prozent	Hochrechnung	Interesse an Lehrstelle im Erhebungsjahr	Kein Interesse an Lehrstelle im Erhebungsjahr
2005	17	22500	11500	11000
2004	16	21000	8000	13000
2003	16	20500	9000	11500
2002	16	19500	8500	11000
2001	14	17000	7000	10000
2000	16	19000	8000	11000
1999	16	19500	9000	10500
1998	21	24000	11500	12500

Quelle: Lehrstellenbarometer 2005

⁹ Basis: alle Jugendlichen vor der Berufslehre (133'500)

Berufswahl

2005 begannen 42'400 Männer und 31'400 Frauen eine berufliche Grundbildung. Allein fünfzehn der rund 250 Lehrberufe decken bei den Frauen drei Viertel aller Eintritte in die berufliche Grundbildung ab. Bei den Männern sind es rund 60 Prozent.

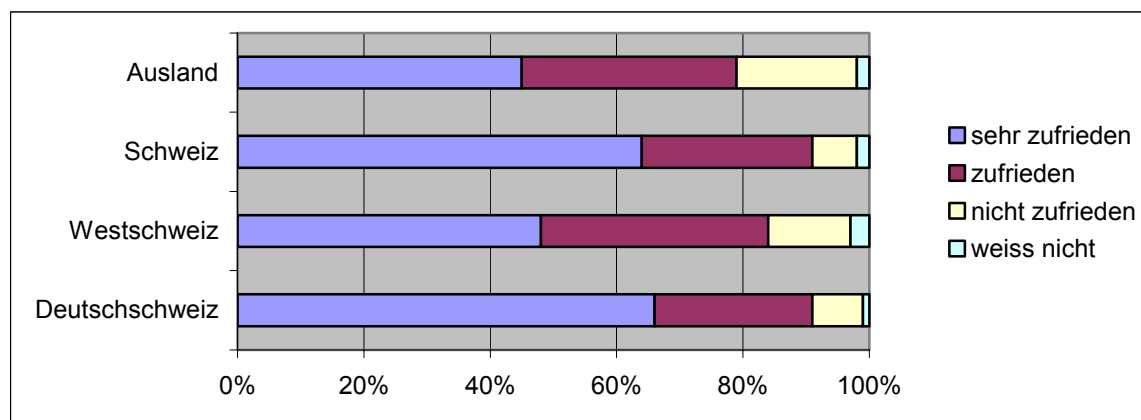
Mit Ausnahme des Spitzenreiters Kaufmann/Kauffrau unterscheidet sich die Berufswahl der Frauen deutlich von derjenigen der Männer. Berufe haben (k)ein Geschlecht. Frauen wählen eher Berufe im Umgang mit anderen Menschen (Verkauf, Heilbehandlung, Körperpflege) während sich die typischen Männerberufe im technischen Umfeld finden (Elektronik, Mechanik).

Zufriedenheit mit der Berufswahl

70 Prozent der Jugendlichen, die am 31. August 2005 eine Lehrstelle gefunden haben, bezeichnen diese als Wunschlehrstelle. Für 17 Prozent ist der Einstieg über eine berufliche Grundbildung die zweite Wahl und lediglich 5 Prozent hätten sich eine andere Lösung gewünscht.¹⁰

82 Prozent aller zukünftigen Lernenden bezeichnen den gefunden Ausbildungsplatz als Ideal- oder Wunschlösung. Unterschiede zwischen den Berufen oder Geschlechtern spielen weit weniger eine Rolle als zwischen den Sprachregionen und den Nationalitäten. Jugendliche aus der lateinischen Schweiz sowie Ausländerinnen und Ausländer sind mit ihrer Lösung deutlich weniger zufrieden.

Abbildung 10: Zufriedenheit mit der heutigen Situation



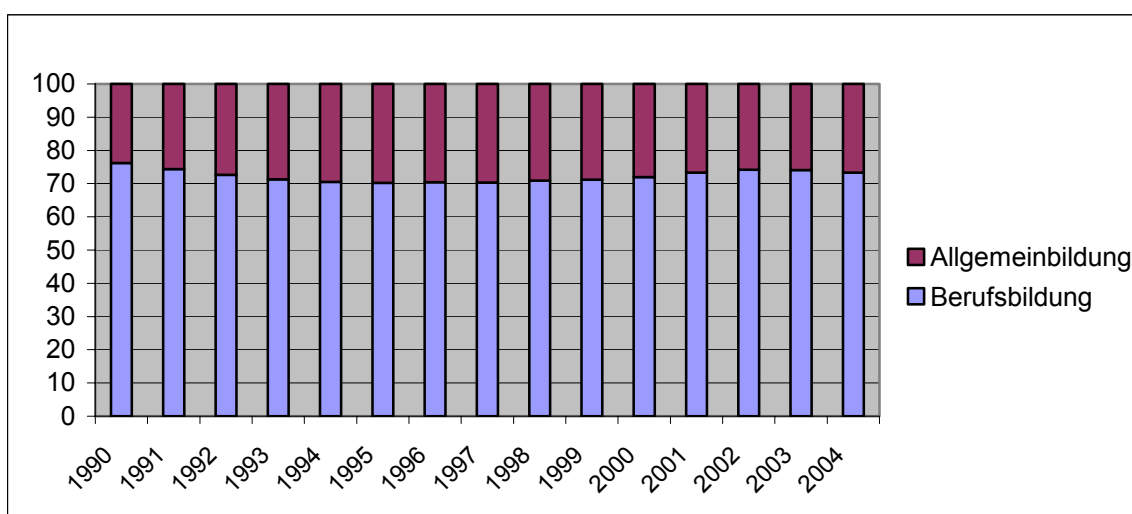
Quelle: Eigene Darstellung / vgl. Lehrstellenbarometer 2005

¹⁰ Die restlichen 8 Prozent haben diese Frage mit „weiss nicht“ beantwortet.

Berufs- versus Allgemeinbildung

Beliebtester nachobligatorischer Ausbildungswunsch bei den Jugendlichen ist nach wie vor die Berufslehre. Mit rund 200'000 Jugendlichen beschreiten mehr als zwei Drittel (2004: 73.3%) der 16- bis 21-Jährigen diesen Bildungsweg. Rund ein Drittel (2004: 26.7%) wählt einen allgemein schulischen Bildungsweg (Maturitäts- oder Fachmittelschule). Die Entscheidung für den einen oder anderen Bildungsweg hängt nicht nur von den Wunschvorstellungen der Jugendlichen ab, sondern ebenso von derjenigen der Wirtschaft.

Abbildung 11: Entwicklung Berufs- versus Allgemeinbildung



Quelle: BFS 2005

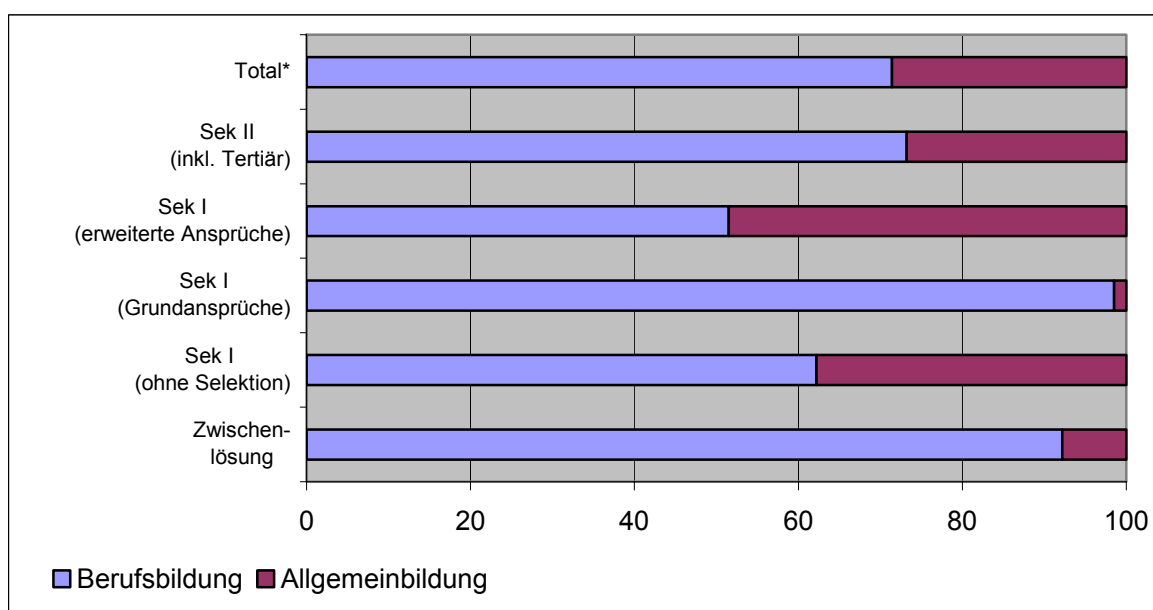
Im Verlauf der 90er-Jahre – in einer Zeit der konjunkturellen Schwäche – hat die Berufsbildung gegenüber der allgemeinen schulischen Bildung vorübergehend etwas an Bedeutung verloren. Seit 1998 nimmt ihr Anteil wieder zu.

Traditionell ist der Prozentsatz Jugendlicher, die eine allgemein bildende Schule besuchen, in der Deutschschweiz tiefer als in den übrigen Sprachregionen. Die lateinische Schweiz ist geprägt durch das Bildungssystem aus Frankreich bzw. Italien und hat entsprechend zahlreiche allgemein bildenden Schulen.

Vorbildung

Die unterschiedlichen Anforderungsniveaus auf der Sekundarstufe I beeinflussen den Übertritt in einen Bildungsgang der Sekundarstufe II. Jugendliche, die aus Schulen mit erweiterten Ansprüchen kommen, beginnen in grosser Zahl (fast die Hälfte) eine allgemein bildende Schule. Unter den Jugendlichen, die eine Schule mit Grundansprüchen besucht haben, ist dieser Anteil verhältnismässig gering. Sie treten überdurchschnittlich oft in eine berufliche Grundbildung ein. Dies gilt auch für Lernende, die aus einer Zwischenlösung kommen.

Abbildung 12: Berufs- versus Allgemeinbildung nach Vorbildung (Basisjahr 2004)



Quelle: BFS 2005

Ausbildungsform

Seit 1990 sind die Anteile der Betriebslehre und die beruflichen Grundbildungen, die in Voll- und Teilzeitschulen absolviert werden verhältnismässig stabil geblieben. Mehr als drei Viertel der Jugendlichen (2004: 81.7%) in einer beruflichen Ausbildung absolvieren eine traditionelle Betriebslehre. Bei den beruflichen Grundbildungen in Vollzeitschulen (2004: 13.4%) handelt es sich vor allem um Ausbildungen in Lehrwerkstätten, Handelsmittelschulen und Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich.

Einige berufliche Grundbildungen (aus dem kaufmännischen oder gesundheitlichen Bereich) können in schulischen Teilzeitausbildungen erlernt werden, ihr Anteil an der gesamten Berufsbildung auf der Sekundarstufe II ist aber gering (2004: 4.5%).

In der lateinischen Schweiz sind auch innerhalb der beruflichen Grundbildung die schulischen Angebote stärker vertreten als in der Deutschschweiz. Vor allem die öffentlichen Lehrwerkstätten sind in der Westschweiz und im Tessin stärker verbreitet.

Tabelle 3: Ausbildungsform nach Sprachregion (in Prozent)

	Deutschschweiz	Französische Schweiz	Italienische Schweiz	Total
Vollzeit	8.8	28.4	27.1	13.8
Berufslehre	85.6	70.0	72.4	81.7
Teilzeit	5.6	1.6	0.6	4.5

Quelle: BFS 2004

4.4 Ausbildungsbereitschaft der Betriebe

Betriebsgrösse

Heute bilden in der Schweiz rund 30 Prozent¹¹ der in Frage kommenden Unternehmungen Lernende aus. Innerhalb der verschiedenen Betriebsgrössenklassen zeigt sich, dass vor allem die Grossbetriebe (+250 Mitarbeitende) ausbilden. Unter den 200 grössten Betrieben beträgt die Beteiligung gar 80 Prozent (vgl. Mühlemann/ Schweri/ Wolter 2004).

Tabelle 4: Verteilung der Lehrlingsausbildung auf die Betriebe (Basisjahr 2000)

	Bilden aus	Bilden nicht aus
Alle in Frage kommenden Betriebe in der Schweiz	29.1%	70.9%
Betriebe mit 2-9 MA	23.8%	76.2%
Betriebe mit 10-49 MA	40.4%	59.6%
Betriebe mit 50-99 MA	57.5%	42.5%
Betriebe mit mehr als 100 MA	66.9%	33.1%

Quelle: Mühlemann/Schweri/Wolter 2004

¹¹ Die statistischen Aussagen variieren je nach Erfassungsmethode. Die Zahl von 18 Prozent (BFS), die ausbilden, beruht auf der Basis aller Betriebe in der Schweiz (also auch auf den Einpersonen-Betrieben, die kaum Lernende ausbilden können) und ist deshalb kaum aussagekräftig. (Mühlemann, Schweri, Wolter 2004).

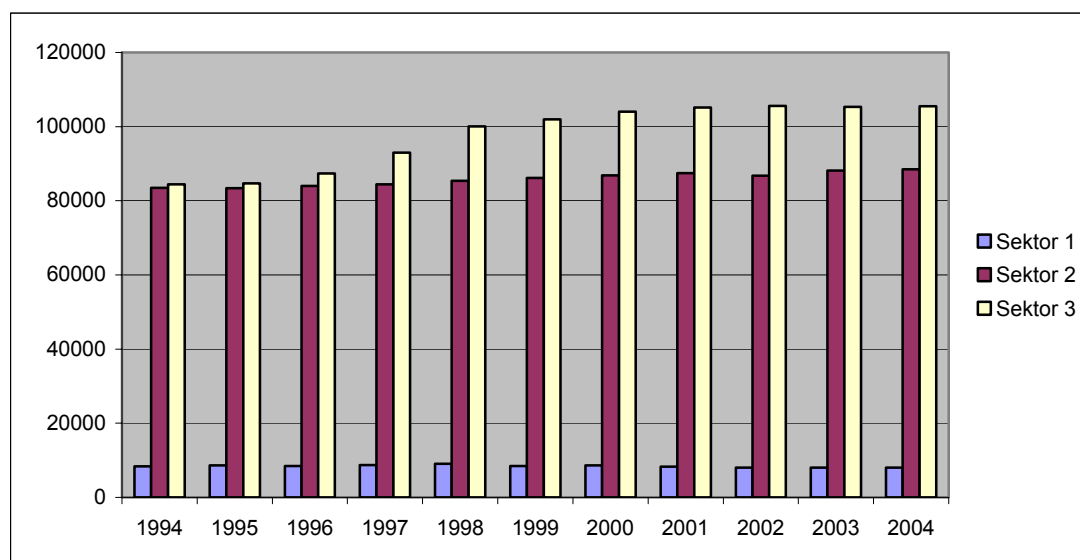
Betrachtet man aber die Ausbildungsintensität, die durchschnittliche Anzahl Lernende an Arbeitsstellen, so fällt auf: kleine Betriebe die ausbilden, bilden intensiver aus (KMU 8.7%; Grossbetriebe 3.7%).

Die Vermutung einer geringeren Ausbildungsbereitschaft bei ausländischen Betrieben ist nur teilweise begründbar. Unterschiede zeigen sich einzig bei Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitenden. Auffallend ist aber, dass die Nettokosten pro Lernenden in diesen Betrieben höher sind als bei inländischen Firmen (vgl. Mühlemann/Schweri/Wolter 2004). Das würde auch die geringere Ausbildungsbereitschaft aus betriebswirtschaftlichen Gründen erklären.

Wirtschaftliche Sektoren

Der Anteil der ausbildenden Betriebe im zweiten Wirtschaftssektor (Industrie und Gewerbe) ist höher als im dritten Sektor, den Dienstleistungen. Angesichts der zunehmenden Tertiarisierung weist diese Beobachtung auf eine sich abzeichnende Überrepräsentierung des zweiten Sektors in der Lehrlingsausbildung hin. Interessant ist jedoch, dass die Ausbildungsintensität im dritten Sektor immer höher war und auch noch ist. Es bilden zwar gesamthaft weniger Betriebe Lernende aus, diejenigen die es tun, haben aber im Vergleich zu ihren Mitarbeitenden eine höhere Anzahl Lernende.

Abbildung 13: Entwicklung der Lehrverhältnisse pro wirtschaftlichem Sektor

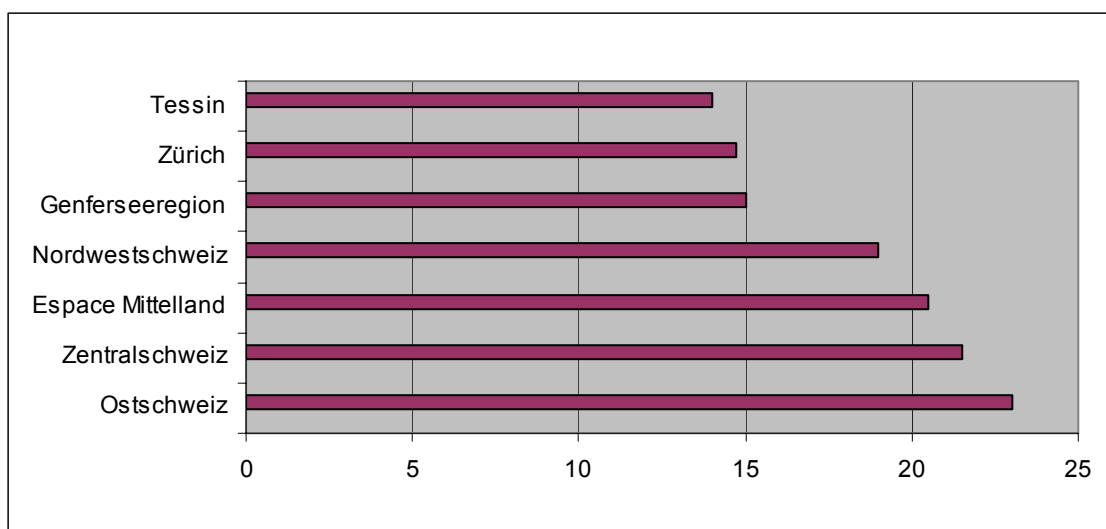


Quelle: Eigene Darstellung / BFS 2004

Regionales Ausbildungsverhalten

In tendenziell stärker urbanen Zentren ist der Anteil der ausbildenden Betriebe mit 15-19 Prozent kleiner als in ländlichen Gebieten wie zum Beispiel der Zentral- oder Ostschweiz. Auch die sprachregionalen Unterschiede fallen ins Gewicht. Mit 14 Prozent weist der Kanton Tessin die tiefste Quote an ausbildenden Betrieben aus.

Abbildung 14: Ausbildungsbereich der Betriebe nach Regionen



Quelle: BFS 2005

Die Gründe für die regionalen Unterschiede sind vielfältig. In der lateinischen Schweiz wählen die Jugendlichen vermehrt den Weg über vollschulische Bildungsangebote, was einen Einfluss auf das Ausbildungsverhalten der Betriebe hat. Durch die Selektion der schulisch besseren Schüler und Schülerinnen über vollschulische Angebote fehlen den Betrieben häufig Bewerber. Entsprechend bieten sie weniger Lehrstellen an (Mühlemann/Wolter 2005).

Die Differenz zwischen Stadt und Land lässt sich dadurch erklären, dass in ländlichen Regionen ausgebaute Netzwerke zwischen Eltern, Schule und Wirtschaft bestehen, was die Vermittlung der Jugendlichen erleichtert. Zudem sind die Maturitätsquoten tiefer und das gesamte vollschulische Bildungsangebot weniger stark ausgebaut.

4.5 Zwischenlösungen

In den letzten Jahren vollzogen immer mehr schulentlassene Jugendliche den Übergang von der obligatorischen Schule in die nachobligatorische Ausbildung nicht auf direktem Wege sondern über eine Zwischenlösung. Die Zwischenlösungen sind geprägt durch eine ausgeprägte Heterogenität bezüglich Trägerschaft, Finanzierung und Curricula. Bekannte Angebote sind: Brückenangebote, Motivationssemester, Praktika, Sozialjahr oder Sprachaufenthalt.

Gemäss der Längsschnittstudie TREE hat fast ein Viertel (23%) aller Jugendlichen, die 2000 die obligatorische Schule verlassen haben, auf ihrem Weg in die nachobligatorische Ausbildung irgendeine Form von Zwischenlösungen eingeschaltet (TREE 2003, vgl. Lehrstellenbarometer 2005, BFS 2003).

Funktion

Bildungspolitisch übernehmen die Zwischenlösungen folgende Funktionen:

- Kompensationsfunktion: Schulische Defizite können behoben werden.
- Orientierungsfunktion: Orientierungs- und Entscheidungshilfe bei der Wahl einer nachobligatorischen Ausbildung.
- Systematische Pufferfunktion: Eine „erzwungene“ Zwischenlösung, weil keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen oder weil die Vorbedingungen für den Eintritt in die Ausbildung (Mindestalter, Praktika) erfüllt sein müssen.

Anschlusslösung

Was passiert mit den Jugendlichen aus den Zwischenlösungen? Finden diese im Anschluss den Zugang zu einer zertifizierten Ausbildung auf der Sekundarstufe II?

Rund 75 Prozent der Jugendlichen mit Zwischenlösung gelingt ein Jahr später der Übertritt eine zertifizierende Ausbildung der Sekundarstufe II: Rund ein Viertel von ihnen tritt in eine Ausbildung mit hohem Anforderungsniveau, rund die Hälfte in eine mit tiefem bis mittlerem. Das verbleibende Viertel absolviert mehrheitlich ein zweites Zwischenlösungsjahr, eine Minderheit bleibt nach Ende der Zwischenlösung ausbildungslos.

4.6 Jugendarbeitslosigkeit

In der Öffentlichkeit werden häufig die Jugendarbeitslosigkeit und der Lehrstellenmangel synonym verwendet. Es ist aber klar zu unterscheiden zwischen Jugendlichen, die keine Ausbildung haben und solchen, die bereits eine berufliche Grundbildung absolvierten. Die heutigen Statistiken zeigen kein differenziertes Bild. Vielmehr unterscheiden sie zwischen Altersklassen (15-19-jährig und 20-24-jährig).

Bei der Kohorte der 15-19-Jährigen braucht es aus bildungspolitischer Sicht eine differenziertere Aufgliederung der Individuen:

- Welche Jugendlichen haben bereits eine nachobligatorische Ausbildung?
- Warum sind die Jugendlichen arbeitslos? (Keinen Ausbildungsplatz gefunden, Neigungen, Wunschvorstellungen usw.)

Aktuelle Situation

2001 lag die Jugendarbeitslosenquote (15 – 24-Jährige) gemäss seco mit 1.8 Prozent sehr tief und nur geringfügig über der Gesamtarbeitslosenquote von 1.7 Prozent. Jugendarbeitslosigkeit war in den Medien und in der Öffentlichkeit kaum ein Thema. Drei Jahre später, im Jahr 2004, lag die Jugendarbeitslosenquote bei durchschnittlich 5.1

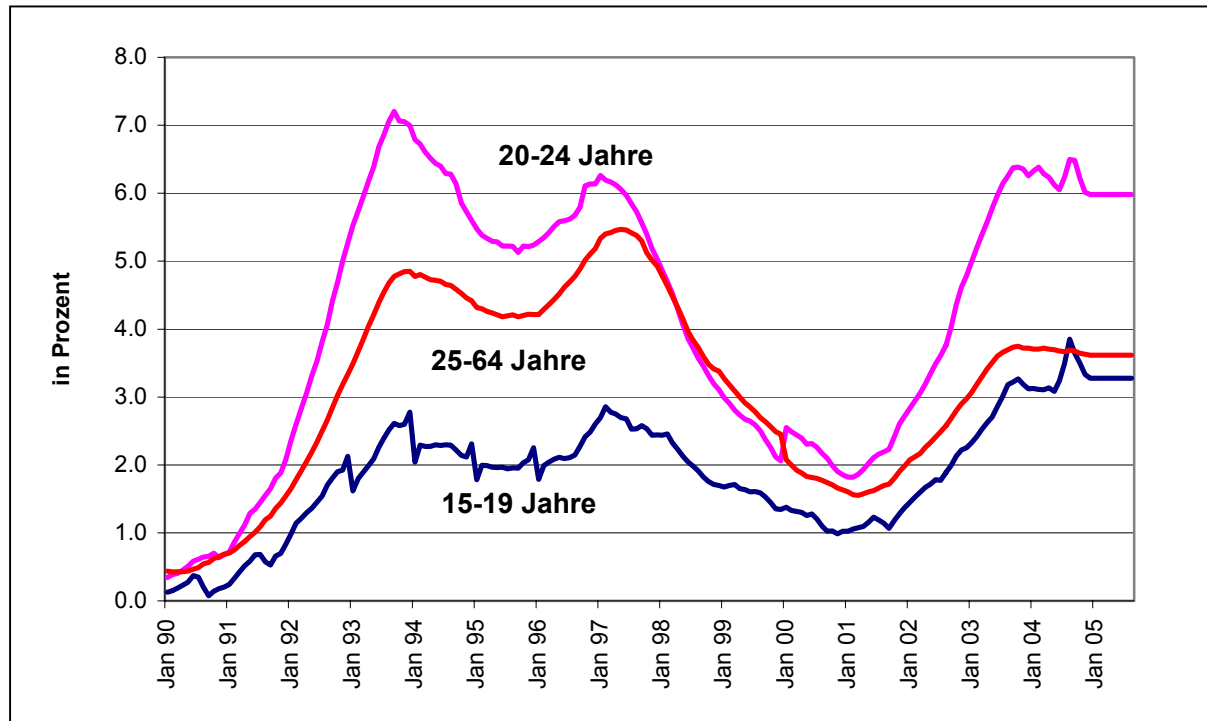
Prozent und damit um gut 30 Prozent über der Gesamtarbeitslosenquote von 3.9 Prozent. Wie in früheren Jahren reagierte die Jugendarbeitslosigkeit auch in diesen Jahren besonders stark auf die generelle Verschlechterung der Arbeitsmarktlage (Weber 2005).

Die Hauptursache für die starke Reaktion der Jugendarbeitslosigkeit auf Veränderungen der Arbeitsmarktlage ist, dass Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ihre Personalbestände primär anpassen, indem sie natürliche Abgänge nicht ersetzen. Kehrseite ist, dass sich die Chancen für Neueinsteiger – und damit insbesondere auch der Jugendlichen – am deutlichsten verschlechtern. Zusätzlich zur schwachen Konjunktur wurde die Situation in den letzten Jahren dadurch erschwert, dass die Anzahl neu in den Arbeitsmarkt tretender Jugendlicher demografiebedingt zunahm (Weber 2005).

Ein Teil der Jugendarbeitslosigkeit ist auf die Probleme beim Übergang von der obligatorischen Schule in eine nachobligatorische Ausbildung zurückzuführen. Wie unter Punkt 4.3 aufgezeigt, steigt der jährliche Anteil der Jugendlichen, die keine Lösung finden seit 2002. Eine längere Phase hoher Jugendarbeitslosigkeit könnte im dualen System dazu führen, dass sich Jugendliche aufgrund einer schlechten Wirtschaftslage nicht im gewünschten Ausmass ausbilden könnten. Dies bedeutet nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Volkswirtschaft einen Verlust an Humankapital (Weber 2005).

Überproportional stark von der Jugendarbeitslosigkeit ist die Gruppe der 20 -24-Jährigen betroffen. Aus Sicht der beruflichen Grundbildung geht es hier also primär den Übergang von einer nachobligatorischen Ausbildung in den Arbeitsmarkt.

Abbildung 15: Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich



Quelle: seco 2005

5 Massnahmen

Gerade bei Ungleichgewichten auf dem Lehrstellenmarkt ist ein verstärktes Engagement der betroffenen Partner notwendig. Um entsprechende Massnahmen zu treffen, wurde am 10. November 2005 in Luzern die erste nationale Lehrstellenkonferenz durchgeführt.

Gemeinsam haben sich die Verbundpartner (Wirtschaft, Bund und Kantone) auf ein Paket mit bewährten und neuen Massnahmen zur Erhaltung und Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen (Angebotseite) sowie der gezielten Förderung der Lehrstellensuchenden (Nachfrageseite) geeinigt.

Bestehende, bewährte Massnahmen werden ausgebaut:

- **Lehrstellenförderung**
- **Lehrbetriebsverbünde**
- **Individuelle Begleitung (Mentoring und Coaching)**
Gerade für Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, sich auf dem Lehrstellenmarkt zu integrieren, braucht es zielgerichtete Massnahmen.
- **Bereinigung des Übergangs von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung**
- **Schaffung von niederschweligen Angeboten**

Als neue Massnahmen wurden ergriffen:

- **Lehrstellenkampagne „chance 06“**
Der Bund verstärkt die Massnahmen der Verbundpartner im Lehrstellenmarketing. Er führt im Hinblick auf die Lehrstellenvergabe 2006 zusammen mit den Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt eine nationale Kampagne zur Sensibilisierung der Unternehmungen und der Jugendlichen durch.
 - Gesamtschweizerische Einführung der Ausbildungsvignette.
 - Internet-Plattform als Wegweiser: Sie verhilft Unternehmungen rasch zu den richtigen Kontakten vor Ort. Jugendliche erfahren mehr über Informations- und Beratungsangebote der kantonalen Berufsbildungsämter und Berufsberatungen.
 - Verschiedenen Promotionsaktivitäten für Betriebe und Jugendlichen. Im Sommer 2006 wird eine nationale Werbekampagne durchgeführt.
- **Begleitung und Beratung von Lehrbetrieben**
Unterstützungsprogramm für Lehrbetriebe, die neu oder Jugendliche mit besonderen Anforderungen ausbilden.
Im Vordergrund steht die Beratung und Unterstützung in rechtlichen, organisatorischen und sozialen Fragen sowie die Vermittlungstätigkeit bei Konflikten und in Krisensituationen.

6 Schlussfolgerung

Aufgrund der Beobachtung des Lehrstellenmarktes, der Projektbeurteilungen sowie der Diskussionen rund um die Schwerpunktthemen (vgl. Punkt 2), zieht die Eidgenössische Berufsbildungskommission folgende Schlüsse:

- **Steigender Bedarf an Fachkräften**

In den nächsten zehn Jahren werden zwei Entwicklungen zusammentreffen, die das Schweizerische Bildungssystem - aber auch das vieler anderer Staaten - in Bezug auf die Bildungsbeteiligung vor große Herausforderungen stellen. Einem steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften wird ein Rückgang der jungen Bevölkerung gegenüberstehen. Im Jahre 2014 wird die Schweiz bis zu 14% weniger Schulabgängerinnen und Schulabgänger zu verzeichnen haben als im Jahre 2008. Entsprechend fehlen diese Jugendlichen auf dem Lehrstellenmarkt, was vermutlich überproportional – aber nicht nur – Probleme bei den leistungsstarken Jugendlichen mit sich bringen wird, da vollschulische Ausbildungsinstitutionen verstärkt um die Gruppen der leistungsstarken Jugendlichen konkurrieren werden.

- **Gezielte Massnahmen**

Vor diesem Hintergrund ist es für die Zukunftsfähigkeit der Lehrlingsausbildung besonders wichtig, die berufliche Grundbildung für leistungsstarke Jugendliche attraktiv zu machen über ihre unmittelbare Arbeitsmarktfähigkeit und über eine erhöhte Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen.

Daneben müssen gezielte Massnahmen für schulisch und sozial schwächere Jugendliche ergriffen werden. Die Mehrheit der Jugendlichen hat zwar einen Abschluss auf der Sekundarstufe II vorzuweisen. Allerdings benötigen schätzungsweise bis zu zwanzig Prozent ergänzende Massnahmen, damit sie eine ihren Möglichkeiten entsprechende nachobligatorische Ausbildung abschliessen können.

Für diese Jugendlichen (vornehmlich schulisch und sozial Schwächere und Jugendliche mit Migrationshintergrund) braucht es einen verstärkten Einssatz der Verbundpartner. Die Jugendlichen brauchen zusätzliche, massgeschneiderte Massnahmen und müssen individuell begleitet werden.

- **Mehr Angebote im niederschweligen Bereich**

Durch die Tatsache, dass junge Menschen im Gegensatz zu früher nur noch geringe Aussichten auf eine Hilfstätigkeit haben, werden zwangsläufig mehr leistungsschwache Jugendliche eine berufliche Grundbildung benötigen. Die Situation wird sich auch nach der demografischen Wende nicht ändern.

Man muss davon ausgehen, dass der Anteil ausbildungsinteressierte Jugendlicher bestehen bleibt, die aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit an Grenzen stossen. Für diese Jugendlichen müssen vermehrt Lehrstellen im niederschweligen Bereich (berufliche Grundbildungen mit Attest) geschaffen werden.

▪ **Individuelle Begleitung und Förderung**

Damit die Jugendlichen gezielt auf die Anforderungen der Sekundarstufe II vorbereitet werden, braucht es bereits in der obligatorischen Schule eine umfassende Standortbestimmungen. Diese soll sich nicht nur auf Schulleistungen beschränken, sondern auch die Berufswahlreife sowie soziale und personale Kompetenzen berücksichtigen.

Gefährdete Jugendliche (Risikogruppen) können dadurch frühzeitig erfasst und durch individuelle Begleitung und Förderung (Mentoring/Coaching) gezielt zu einer Ausbildung auf der Sekundarstufe II geführt werden.

Die individuelle Begleitung sollte bereits einige Zeit vor dem Übergang einsetzen und bis in die Zeit der beruflichen Grundbildung dauern (Lernbegleitung und –beratung). Die Begleitung der Jugendlichen ist erst erfolgreich, wenn die Jugendlichen ihren nachobligatorischen Ausbildungsweg abschliessen.

▪ **Begleitung und Beratung der (potenziellen) Lehrbetriebe**

Wenn sich heute Unternehmungen wegen mangelnder Lernleistungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger, Schwierigkeiten im Umgang Jugendlichen mit besonderen Anforderungen oder den administrativen Aufwendungen aus der Ausbildung zurückziehen, können nur entsprechende Unterstützungsangebote die Situation verbessern.

Die Betriebe sollten auf folgende Unterstützungsangebote zurückgreifen können:

- Beratung und Unterstützung in rechtlichen, organisatorischen und sozialen Fragen.
- Vermittlungstätigkeit bei Konflikten und in Krisensituationen

Gezielte Unterstützungsangebote würden auch die Eintrittsschwelle für nichtausbildende Betriebe senken.

▪ **Optimierung des Übergangs von der obligatorischen Schule in die Berufsbildung¹²**

Der Übergang von der obligatorischen Schule zur Sekundarstufe II wird zunehmend als problematisch empfunden. Verschiedenste Stellen (Berufsbildung, Arbeitsmarkt, Sozialämter usw.) bieten den Jugendlichen Hilfestellungen an. Die

¹² Zur Optimierung der Nahtstelle wurde anfangs 2006 unter der Leitung der EDK zusammen mit allen Verbundpartner das Projekt „Nahtstelle: Übergang von der obligatorischen Schule in die Sekundarstufe II“ gestartet (weitere Information: www.nahtstelle-transition.ch).

Projekte sind kaum vernetzt oder aufeinander abgestimmt. Politisch abgestützte Massnahmen fehlen. Es besteht ein hoher Koordinationsbedarf.

Trotz der genannten Probleme wird die Lehrlingsausbildung durch die geplanten Gegenmassnahmen und die ständige Weiterentwicklung ihre Zukunftsfähigkeit nicht einbüßen und langfristig massgeblich zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft und zur Integration aller Jugendlichen in den Arbeitsmarkt beitragen.

Ein Dank gilt an dieser Stelle auch allen Betrieben und Institutionen, die sich bereits in der Berufsbildung engagieren und den Jugendlichen eine Perspektive für ihre Zukunft geben.

Anhang

Anhang 1: Kommissionsmitglieder

gewählt am 21.4.04, Amtsperiode 1. Mai 04 bis Ende 2007

Ursula Renold	Direktorin des BBT (Präsidentin)
Uschi Backes-Gellner	Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre der Universität Zürich, als Vertreterin der Wissenschaft
Rösy Blöchliger ¹³	Stv. Direktorin von CURAVIVA, Verband Heime und Institutionen, für die Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren
Christine Davatz-Höchner*	Vizedirektorin Schweizerischer Gewerbeverband
Robert Galliker*	Leiter des Koordinationsbereiches Berufsbildung, Generalsekretariat der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK
Geraldine Huppert Carmellini*	Leiterin Sekretariate SVEB/FSEA und Conferenza della Svizzera italiana per la formazione continua degli adulti (CFC), für die Weiterbildung
Urs F. Meyer	Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes
Cornelia Oertle Bürki*	stv. Zentralsekretärin der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und –direktoren GDK
Jean-Pierre Rochat	Chef du Service de la formation professionnelle du canton de Vaud
Anton Schwingruber	Regierungsrat, Bildungsdirektor des Kantons Luzern und Präsident der EDK-Kommission Berufsbildung
Heinrich Summermatter	Berufsbildungsexperte, Vertretung KV Schweiz
Peter Sigerist	Zentralsekretär Ressort Bildung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB
Bruno Weber*	Bildungsverantwortlicher des Arbeitnehmerverbandes Travail.Suisse
Beat Wenger	Zentralpräsident des Verbandes der schweizerischen Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer BCH/FPS
Werner Wyss	Vorsitzender der Bildungskommission des Schweizerischen Bauernverbandes und Vizepräsident des Verbandes Bernischer Waldbesitzer

* Mitglieder Subkommission Gesuche (Präsident Bruno Weber)

¹³ Neuwahl im Februar 2006 (vorher alt Regierungsrat Herbert Bühl)

Anhang 2: Auftrag

Art. 69 Eidgenössische Berufsbildungskommission

¹Der Bundesrat bestellt eine eidgenössische Berufsbildungskommission.

²Sie setzt sich aus höchstens 15 Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Kantonen, Organisationen der Arbeitswelt sowie der Wissenschaft zusammen. Die Kantone haben für drei Mitglieder das Vorschlagsrecht.

³Sie wird vom Direktor des Bundesamtes geleitet.

⁴Das Bundesamt führt das Sekretariat.

Art. 70 Aufgaben der eidgenössischen Berufsbildungskommission

¹Die Berufsbildungskommission hat folgende Aufgaben:

- a. sie berät die Bundesbehörden in allgemeinen Fragen der Berufsbildung, in Fragen der Entwicklung und der Koordination und deren Abstimmung mit der allgemeinen Bildungspolitik.
- b. Sie beurteilt Projekte zur Entwicklung der Berufsbildung nach Artikel 54, Gesuche und Beiträge für besondere Leistungen im öffentlichen Interesse nach Artikel 55 und um Unterstützung im Bereich der Berufsbildung nach Artikel 56 sowie Forschung, Studien, Pilotversuche und Dienstleistungen im Bereich der Berufsbildung und der berufsorientierten Weiterbildung nach Artikel 48 Absatz 2 Buchstabe b.

²Sie kann von sich Anträge stellen und gibt zu den beurteilenden Projekten zuhanden der Subventionsbehörde Empfehlungen ab.

Anhang 3: Literaturverzeichnis

Dubs, Rolf (2005)

Gutachten zu Fragen der schweizerischen Berufsbildung, Bern 2005.

Haeberlin, Urs/Imdorf, Christian/Kronig, Winfried (2003)

Schulqualifikationen und Erfolg bei der Lehrstellensuche, Heilpädagogisches Institut der Universität Freiburg, Kurzbericht Dezember 2003 NFP 43, Freiburg 2003.

Mühlemann, Sämi/Schweri, Jürg/Wolter, Stefan (2004)

Warum Betriebe keine Lehrlinge ausbilden – und was man dagegen tun könnte. Die Volkswirtschaft, 9, 43-48, Bern 2004

Meyer, Thomas (2003)

Wege in die Nachobligatorische Ausbildung, Zwischenergebnisse des Jugendlängsschnitt TREE, Bildungsmonitoring Schweiz 2003

Schweri, Jürg/Mühlemann Sämi/Pescio Yasmina/Walther Belinda/Wolter Stefan/Zürcher, Lukas (2003)

Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus der Sicht Schweizer Betriebe. Chur/Zürich 2003.

Sheldon, Gregor (2005)

Der berufsstrukturelle Wandel der Beschäftigung in der Schweiz 1970-2000 – Ausmass, Ursachen und Folgen. (Eidgenössische Volkszählung 2000). Neuchâtel 2005.

Thom, Norbert (1999)

Personalmanagement – Entwicklungstendenzen und Zukunftsperspektiven. In: Die Unternehmung, 53. Jg. 1999, Nr. 6, S. 433 – 447.

Weber, Bernhard (2006)

Die aktuelle Situation der Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz, In Panorama 6/2005, S. 4 ff, November 2005.

Erscheint demnächst:

Müller, Barbara/Schweri, Jürg (2006)

Die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft. Eine Längsschnittuntersuchung zur dualen Berufsbildung in der Schweiz (Schriftenreihe Nr. 31). Zollikofen: Schweizerisches Institut für Berufspädagogik.